

Ein leiser Gangster

Auftakt im Prozess gegen Sprendlinger Taxi-Räuber

Von Danijel Majic

Irgendwann gegen Mittag wird Martin Rößler ruppig. Wie oft der Vorsitzende Richter am Landgericht Darmstadt den Angeklagten an diesem Donnerstagvormittag schon ermahnt hat, weiß er vermutlich selbst nicht: „Was immer sie sagen, sagen sie es laut! Sonst braucht man weiter hinten noch ein Hörgerät.“

Tatsächlich spricht Ronny C. extrem leise. Mit der sanften Stimme eines eingeschüchterten Jungen beantwortet der 22-Jährige die Fragen des Gerichts, entschuldigt sich, wenn er ein falsches Wort benutzt. Seine Art zu

Reizgas im Café versprüht

sprechen ist so markant, dass sie auch jenen im Gedächtnis geblieben ist, die das Pech hatten, C. in einem anderen Modus zu erleben. „Er sprach ganz schön leise. Für die ganze Action“, erinnert sich ein Zeuge.

Die „Action“, um die es geht, beginnt am 6. April als C. zusammen mit einem Bekannten eine Aral-Tankstelle in Dreieich-Sprendlingen überfällt. Mit gezogenem Messer zwingen sie die Kassiererin, die Kasse zu öffnen. Drei Tage später: dieselbe Stadt, gleiches Scheina, andere Tankstelle. Am zehnten April überfällt das Duo ein Café, wieder in Dreieich-Sprendlingen. Dabei verletzen sie ein halbes Dutzend Gäste mit Pfefferspray.

Danach ist Ronny C. allein unterwegs. Am 13. April gerät er in eine Schlägerei mit einem Taxifahrer und klaut diesem das Handy. Vermutlich kommt ihm hier die Idee, sich künftig an Taxis zu halten. Zweimal raubt er Fahrer aus, nachdem er sie nach Sprendlingen gelotst hat. Beide Male bedroht er sie mit dem Messer. Beim letzten Mal wird das Opfer durch Stiche verletzt. C. aber will nicht zugestochen haben. Einer der wenigen Tatvorwürfe, die er bestreitet. Am 19. April wird er festgenommen. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft.

„In der JVA geht es mir besser als in der letzten Zeit in Freiheit“, gibt Ronny C. zu Protokoll. Das Gericht nimmt sich den halben Vormittag für C.s Lebensgeschichte Zeit: von der Einwanderung aus Guinea Mitte der 90er bis heute. Es geht viel um den ge-

„Eltern werden erpresst“

Professorin Stein über die Blockade der Inklusion durch die Regierung

Frau Professor Stein, Sie haben 65 Fälle zusammengetragen, bei denen Inklusion nicht funktioniert hat. Wollen Sie schlechte Stimmung erzeugen?

Ich nehme mal Ihre Formulierung auf, Inklusion habe bei diesen Fällen nicht funktioniert. Unsere These ist, und das haben wir belegt, dass Inklusion sogar systematisch verhindert wird.

Sind da Menschen ganz bösen Willens am Agieren?

Nein, so sehe ich das nicht. Aber die Strukturen sind so, dass es nicht funktionieren kann. Zudem ist das Gelingen von Inklusion eine Frage des Bewusstseins. Wenn man etwa in einem Landkreis nicht weiß, dass die UN-Behindertenrechtskonvention vorschreibt, dass Kindern mit Behinderungen für den Besuch einer Regelschule eine angemessene Begleitung zusteht, die der Kreis zu finanzieren hat, dann würde ich nicht sagen, dass da jemand böse ist. Aber es fehlt eben an Bewusstsein.

Fehlt auch bei Kultusministerin Nicola Beer und der Landesregierung das nötige Bewusstsein?

Da ist es eher eine andere Grundhaltung. Die Ministerin sagt ja, es wird weiterhin beide Systeme geben müssen, also die Inklusion an der Regelschule und die Förderschulen.

Macht Ministerin Beer damit bewusst etwas falsch?

Unsere Analyse im Schwarzbuch zeigt jedenfalls eindeutig, dass man nicht alles daran setzt, Inklusion voranzutreiben.

Um auf die Eingangsfrage zurückzukommen: Ihre 65 Fälle, schüren die nicht Pessimismus, statt Hoffnung zu geben?

Wir wollten aufzeigen, dass es nicht um Einzelfälle geht. In Hessen werden durch den Ressourcenvorbehalt systematisch für Schulen und Lehrer so schlechte Bedingungen geschaffen, dass Inklusion nicht klappen kann und am Ende auch die gutwilligsten Menschen gegen Inklusion sind. Wir wollen natürlich keine Resignation erzeugen, sondern fordern einen Neustart nach den Landtagswahlen, egal, wer dann an der Regierung sein wird.

Wo sollen die Sonderpädagogen und das Geld herkommen, um überall die Bedingungen zu



Frühzeit der Inklusion: Katja Weigand, Initiatorin der Sophie-Scholl-Schule Bad Nauheim, mit Töchtern im Jahr 2008. M. MÜLLER

ZUR PERSON



Anne-Dore Stein lehrt Inklusive Pädagogik an der Evangelischen Hochschule Darmstadt. Den Studiengang hat sie selbst entwickelt. Stein ist

Vorsitzende des bundesweiten Vereins „Politik gegen Aussonderung“.

Mit Irmtraud Schnell vom Institut für Sonderpädagogik der Goethe-Universität Frankfurt hat Stein das Schwarzbuch Inklusion herausgegeben und am Mittwoch öffentlich vorgestellt.

Das Schwarzbuch Inklusion beschreibt 65 gescheiterte Fälle. Es kann auf der Website des Vereins unter www.politik-gegen-aussonderung.net heruntergeladen werden. pgh

schaffen, damit Kinder mit und ohne Behinderungen gut miteinander lernen können?

Es funktioniert nicht, Förderschulen und inklusive Schulen nebeneinander zu betreiben. Die Ressourcen für Unterstützungsbedarf müssen in die inklusive Beschulung fließen. Es ist genug Geld da, es wird nur nicht für die Inklusion eingesetzt, sondern im größten Umfang im Förderschulsystem, das die Ministerin parallel aufrechterhalten will.

Die Ministerin sagt, man brauche beides, damit Eltern eine Wahlmöglichkeit für ihr Kind haben. Was sagen Sie dazu?

Bei der UN-Konvention geht es nicht um ein Elternwahlrecht, sondern um ein Recht des Kindes mit Behinderungen im allgemeinen Schulsystem lernen zu können. Außerdem haben Eltern ja gar keine Wahl. Das Förderschulsystem ist gut ausgebaut und die Beratungen gehen Richtung Förderschule. Eltern werden quasi erpresst, wenn sie eine gute Förderung für ihr Kind wollen. Dann verweist man sie an die Förderschule. Hier das Elternwahlrecht anzuführen, klingt fast wie Hohn.

Sie sprechen von einer Blockade der Inklusion. Der Sprecher des Kultusministeriums sagt dazu, der Vorwurf sei absurd, und verweist auf 6400 Kinder mit Förderbedarf in der inklusiven Beschulung. Hat sich in Hessen gar nichts zum Guten verändert?

Doch, im Schnecken tempo. Es wird nicht daran gearbeitet, Inklusion flächendeckend umzusetzen, sondern bestenfalls punktuell. Es ist kein Masterplan zu erkennen.

Ihre Veröffentlichung des Schwarzbuchs fällt nicht umsonst in die heiße Phase des Landtagswahlkampfes. Tut es Ihrem Anliegen gut, wenn es in den Wahlkampf kommt?

Wir wollen deutlich machen, dass dies eine Baustelle ist, an der dringend gearbeitet werden muss. Egal, wer diese Arbeit nach den Wahlen tun muss. Wir wollen, dass es eine gesellschaftliche Diskussion darum gibt, was gute Schule ist. Wir sind überzeugt, dass diese Schule eine inklusive Schule sein muss, weil sie für alle Kinder da ist. Egal mit welchen Schwächen und Begabungen.

Interview: Peter Hanack